

KONZEPTPAPIER

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG BAYERN



UPDATE BAVARIA

Grüne Ideen für den
Digitalen Wandel



UPDATE BAVARIA: GRÜNE IDEEN FÜR DEN DIGITALEN WANDEL

Unsere Gesellschaft erlebt mit der Digitalisierung eine technologische und gesellschaftliche Transformation, die in einem beispiellosen Tempo voranschreitet. Nach der Erfindung des Buchdrucks, der Industrialisierung und der Automatisierung in vergangenen Jahrhunderten befinden wir uns mitten in einem weiteren technologischen Umbruch. Grundlegende Umwälzungen dringen in alle Lebensbereiche vor: in unser gesellschaftliches Miteinander, die zwischenmenschliche Kommunikation, Bildung, unsere Arbeitswelt, Unternehmen und Industrie und auch in unseren demokratischen Institutionen. Die Digitalisierung verändert enorm die Art und Weise wie wir arbeiten, lernen, leben und konsumieren.

Wir GRÜNE sehen die Digitalisierung dabei nicht als Selbstzweck, sondern als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, den die Politik gestalten kann und muss. Dabei bietet die Digitalisierung viele Chancen für einen modernisierten Staat, für eine vielfältigere und gerechtere Gesellschaft, für breite gesellschaftliche und politische Teilhabe und nicht zuletzt für eine ökologische Transformation der Wirtschaft. Es gilt diese Chancen politisch zu ergreifen.

INHALT

Der Stand der Digitalisierung in Bayern	3
Unsere Visionen und Ziele	4
Unser Weg dorthin	4
Der Weg zum modernen Staat	4
Digitale Infrastruktur flächendeckend sicherstellen	5
Modernisierung der Verwaltung – digital, transparent und bürgernah	6
Digitalpolitische Entscheidungsstruktur des Staates	8
Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter	8
Digitales Zusammenleben: Eine selbstbestimmte und souveräne digitale Gesellschaft	10
Digitaler Umbruch braucht starke Digitalkompetenz	10
Das gesellschaftliche Miteinander stärken – der Mensch im Mittelpunkt	12
Der Digitale Wandel als sozial-ökologischer Transformationsprozess	14
Die Digitalisierung nachhaltig gestalten	14
Den Wohlstand unserer Wirtschaft sichern & Bayern als Innovationsstandort stärken	16
Im Wandel der Arbeitswelt für Gerechtigkeit sorgen	18
Fazit	19

Der Stand der Digitalisierung in Bayern

2013 nutzten nur 76% der Bayer*innen das Internet täglich, 2021 waren es bereits 89%. Ganze 56 Millionen der Deutschen verwenden ein Smartphone, um sich durch die heutige Welt zu navigieren. Unsere Welt dreht also mehr und mehr ins Digitale. Durch Corona haben wir einen zusätzlichen Digitalisierungsschub erlebt, wodurch Unsicherheiten und Vorbehalte abgebaut werden konnten – zum Beispiel wurde mobiles und flexibles Arbeiten im Homeoffice in vielen Bereichen möglich, wo dies zuvor unvorstellbar war.

Es wurden aber auch Bereiche deutlich, bei denen signifikanter Aufholbedarf besteht. Der Bildungsbereich verharrt in analogen Zeiten. Es fehlen Tablets in den Schulen, digitale Schulplattformen waren mit dem Ansturm maßlos überfordert. Spätestens als krisenbedingt die ganze Gesellschaft ins Digitale versetzt wurde und auf einmal digitale Optionen als Rettungsleine im Bildungswesen erhalten mussten, wurde jedem klar: Wir brauchen in Bayern eine massive Bildungsoffensive, um die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen zu können. Instabile Internetverbindungen und Funklöcher führten dazu, dass Schüler*innen und Student*innen dem Unterricht nicht folgen konnten.

In den ländlichen Räumen Bayerns verfügen rund 119 000 Haushalte über Internet-Geschwindigkeiten, die unter 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) liegen. Anschlüsse unter diesem Wert empfiehlt etwa das unabhängige Vergleichsportal DSL Regional lediglich für Einpersonenhaushalte mit gelegentlicher Internetnutzung. Gleichzeitig nimmt auch der Datenaustausch und –verbrauch massiv zu. Das bedeutet, wir brauchen leistungsfähige Rechenzentren, die einen immensen Energiebedarf haben.

Die schleppende Digitalisierung der Gesundheitsbehörden und öffentlichen Verwaltung war besonders in Pandemiezeiten katastrophal. Die Einführung gemeinsam genutzter Software wie SORMAS, die die Kontaktpersonen-Nachverfolgung erleichtert, wurde verschleppt und nicht konsequent durchgeführt. Stattdessen wurde via Fax zwischen den Gesundheitsämtern kommuniziert. Dieses Vorgehen wurde auch vom bayerischen Datenschutzbeauftragten kritisiert. Wir sehen deutlich, dass unsere Behörden noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind. Es herrscht noch viel Zettelwirtschaft und das Faxgerät ist immer noch zu oft im Einsatz. Dabei wünschen sich Menschen, dass sie Behördengänge digital erledigen können.

Hackerangriffe auf Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und private Daten nehmen jeden Monat zu. Die Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet in Bayern einen Anstieg um 20% in Sachen Cyberkriminalität von 2019 auf 2020 und einen Anstieg um 10% von 2020 auf 2021. Insgesamt wurden im letzten Jahr 39 469 Fälle registriert, es entstehen Schäden in Millionenhöhe. Dabei können wir davon ausgehen, dass es ein großes Dunkelfeld gibt. Die Sicherstellung von Cybersicherheit hat im Lichte des von Russland angestifteten Kriegs in der Ukraine noch mehr an Dringlichkeit gewonnen. Behörden und kritische Infrastrukturen, also Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, wie z.B. aus den Bereichen der Energieversorgung, Krankenhäuser und Universitäten müssen besonders gut geschützt sein, sind aber zunehmend im Visier der Cyberkriminellen. Die IT-Sicherheit wird ein immer wichtigerer Faktor für unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Zusammenleben.

Unsere Gesellschaft, unser Medienkonsum und unser Kommunikationsverhalten haben sich durch die Digitalisierung in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Dabei bietet die Digitalisierung schier endlose Chancen und positive Effekte: Effizienzsteigerung, mehr zeitliche und örtliche Flexibilität, globale Vernetzung, neue Geschäftsmodelle und -prozesse. Die Digitalisierung erweitert die Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Partizipation. Gefühlt jede Innovation ist digital oder digitalisiert etwas bisher Analoges, man denke dabei nur an das „Internet der Dinge“. Wir kaufen und bezahlen digital, wir informieren uns online, wir kommunizieren und tauschen uns mit Familie und Freunden über soziale digitale Medien und Internetplattformen aus.

Es darf nicht unterschätzt werden, wie stark unsere Gesellschaft und Demokratie von der Digitalisierung geformt wird. So entwickelt sich eine neue Form der Teilhabe und Partizipation, denn jede*r kann kommentieren und die eigene Meinung auf verschiedensten Plattformen äußern. Dies kann zu einer Demokratisierung des digitalen Raums führen. Nun gilt es den digitalen Wandel mit GRÜNEN Ideen politisch voranzutreiben, um positive Effekte zu fördern und negative Aspekte einzudämmen.

Unsere Vision und unsere Ziele

Wir GRÜNE wollen den digitalen Wandel der Gesellschaft nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Die Technik dient den Menschen, nicht andersherum. Dafür braucht Bayern mehr Strategie und Voraussicht. Unsere Leitwerte in der Digitalisierung sind Innovation, konkreter Nutzen für den Menschen und Nachhaltigkeit. Sie bilden das Fundament, auf dem wir die Chancen der Digitalisierung zur Realität machen. **Unsere Ziele sind:**

- Breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und Chancenungleichheit abbauen.
- Unseren Wohlstand sichern und Bayern als Innovationsstandort stärken.
- Die ökologische Transformation der Wirtschaft beschleunigen und Klimaneutralität erreichen.

Die aktuelle Phase der Überforderung überwinden wir und treten ein in die Phase der vorausschauenden Gestaltung. **Dafür setzen wir GRÜNE in diesen Bereichen an:**

- A. Wir modernisieren Staat und Verwaltung und schaffen Sicherheit im digitalen Raum.**
- B. Wir stellen für eine selbstbestimmte digitale Gesellschaft den Menschen in den Mittelpunkt.**
- C. Wir setzen klare Leitplanken und Innovationsziele für die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.**

Unser Weg dorthin

Der Weg zum modernen Staat

Digitaler Wandel kann nur gelingen, wenn die Politik die entsprechenden Grundlagen dafür schafft: flächendeckende digitale Infrastruktur, ein Update der staatlichen Institutionen zum souveränen digitalen Staat und die Gewährleistung der Sicherheit auch angesichts digitaler Bedrohungen. Diese Aufgaben gehen wir GRÜNE an.

Ohne **flächendeckende digitale Infrastruktur** ist gleichwertige Teilhabe und soziale Gerechtigkeit nicht möglich. Auch für Betriebe ist eine gute digitale Anbindung zunehmend überlebenswichtig und ein relevanter Standortfaktor. Für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land und gleiche Chancen für alle, müssen digitale Dienste in ganz Bayern gleichermaßen zugänglich gemacht werden.

Unsere **staatlichen Institutionen benötigen ein Update**, um eigene Arbeitsprozesse und die Interaktion mit Bürger*innen und Unternehmen effizienter zu gestalten. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung auch die Möglichkeit, für mehr **Transparenz** zu sorgen und so das Verhältnis zwischen Bürger*innen und Staat zu stärken. Um die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen zu können und unseren Staat fit für das digitale Zeitalter zu machen, müssen Verwaltung und Behörden umfassend modernisiert werden.

Sicherheit ist auch im Digitalen die Grundlage für Freiheit. Die Verlagerung vieler Aktivitäten in die digitale Sphäre bedeutet für unsere bayerischen Sicherheitsbehörden, dass sie zunehmend im digitalen Raum und in digitalen Anwendungen versiert sein müssen und gleichzeitig die **informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen** schützen.

Digitale Infrastruktur flächendeckend sicherstellen

Wir GRÜNE schaffen für Bürger*innen und Unternehmen in Bayern eine flächendeckende digitale Infrastruktur. **Dafür setzen wir an folgenden Punkten an:**

- **Wir beschleunigen den Breitband- und Mobilfunkausbau, um alle Regionen Bayerns mit schnellem Internet zu versorgen.**
- **Wir fördern den Ausbau von offenen WLAN-Netzen in öffentlichen Gebäuden und Plätzen sowie in Bus und Bahn.**
- **Wir gestalten den Betrieb von Rechenzentren und Cloud-Diensten ökologisch und nachhaltig.**

Breitband und Mobilfunk in hoher Geschwindigkeit sowie in der Fläche

Die größten Hemmnisse für einen schnellen Ausbau der digitalen Infrastruktur sind insbesondere die oft langwierigen Genehmigungsverfahren, begrenzte Baukapazitäten und teilweise eine geringe Nachfrage durch die Bürger*innen. Um den Ausbau des Mobilfunknetzes zu beschleunigen, wollen wir in der **Bayerischen Bauordnung** die Höchstgrenze für Verfahrensfreiheit bei Mobilfunkmasten auf 15 Meter im Innenraum und 20 Meter im Außenraum heraufsetzen. Dies führt zu kürzeren Planungszeiten und ermöglicht durch größere Bauhöhen die gemeinsame Nutzung der Masten durch mehrere Anbieter. In Gebieten, in denen sich wirtschaftlicher Wettbewerb nicht lohnt, wollen wir den Mobilfunkempfang durch die verpflichtende Einführung von **Local Roaming und Infrastruktur-Sharing** – das gemeinsame Nutzen des gleichen Mobilfunknetzes durch alle Mobilfunkanbieter – für alle Menschen sicherstellen.

Der Bau von Glasfaserleitungen findet meist noch im Tiefbau statt. Dadurch ist das Verlegen der Leitungen teuer und zeitaufwendig. Durch das **Nutzen moderner Verlegetechniken** (Erdraketen, Trenching und Fräsen), können insbesondere im ländlichen Raum Kosten gespart und der Ausbau enorm beschleunigt werden. Um die Akzeptanz solcher Verlegetechniken zu erhöhen, wollen wir einen klaren Rechtsrahmen schaffen und die Standardanforderungen baurechtlich harmonisieren.

Viele Ausbauprojekte scheitern aufgrund einer zu geringen Nachfrage, da Bürger*innen vor den Kosten eines Hausanschlusses zurückschrecken. Doch auch wenn heute der Bedarf eines Glasfaseranschlusses vielen Menschen noch nicht bewusst ist, wird dieser jedoch in wenigen Jahren unabdingbar sein. Um diese Problematik anzugehen und Anreize für Hausanschlüsse zu setzen, wollen wir die Glasfaserförderung um eine nachfrageorientierte Komponente in Form von **Voucher** in Höhe von 500 Euro ergänzen.

Recht auf schnelles Internet und Bereitstellung von öffentlichem WLAN

Der freie Zugang zum Internet und damit zu Information und Kommunikation gehört zur Daseinsvorsorge. Eigentlich – denn bisher existiert kein klares **Recht auf schnelles Internet**. Wir wollen dies ändern und das Recht auf schnelles Internet gesetzlich festschreiben und rechtlich durchsetzbar gestalten. Dafür müssen ausreichende Mindestbandbreiten vorgeschrieben und mit der Zeit dynamisch an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden.

Um den mobilen Zugang zum Internet unabhängig von Mobilfunktarifen und Datenpaketen zu ermöglichen, sind mehr öffentliche WLAN-Hotspots notwendig. Insbesondere im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, aber auch an viel frequentierten und zentralen Plätzen sowie in öffentlichen Gebäuden wollen wir GRÜNE deshalb schnellstmöglich ein breites Netz an kostenlosen und frei zugänglichen **WLAN-Hotspots** aufbauen. Zudem wollen wir Freifunk-Initiativen und Bürger*innennetze aktiv unterstützen. Auch in sozialen Einrichtungen wie Geflüchtetenunterkünften, Jugendtreffs oder Obdachlosenheimen schaffen wir kostenfreien WLAN-Zugang.

Nachhaltige und leistungsfähige Rechenzentren

Mit steigendem Datenaustausch und einer Zunahme von digitalen Anwendungen steigt auch die Bedeutung von leistungsfähigen Rechenzentren. Dies führt zu einem steigenden Stromverbrauch, denn Speicherung und Verarbeitung von Daten in großen Rechenzentren und die Kühlung der Technik benötigen viel Energie. Wir GRÜNE wollen ein **Kataster von Rechenzentren** der öffentlichen Hand einführen inklusive Vorgaben, diese nachhaltig zu betreiben und auszubauen. Im privaten Bereich braucht es entsprechende **Fördermechanismen** sowohl bei der Modernisierung von bereits bestehenden Rechenzentren als auch bei Neubauten. Mit Blick auf Cloud-Technologien setzen wir GRÜNE auf bundesweite und europäische Zusammenarbeit, um eigene **Open-Source-Clouds**, das heißt lizenzfreie Clouddienste, aufzubauen und diese nachhaltig zu betreiben.

Modernisierung der Verwaltung – digital, transparent und bürgernah

Um in einer digitalisierten Welt die Effizienz und die Bürgerorientierung des Staates zu verbessern und gleichzeitig das Verhältnis zu den Bürger*innen zu stärken, **setzen wir bei den folgenden Punkten an:**

- **Wir modernisieren die Verwaltung hin zu mehr Effizienz und Bürgerorientierung und nehmen dabei Verwaltungsmitarbeiter*innen im digitalen Wandel aktiv mit.**
- **Wir schaffen mit offener Regierungsführung, offenen Daten und Open Source mehr Transparenz, Vertrauen und Wohlstand.**
- **Wir stärken die digitalpolitische Entscheidungsstruktur des Staates.**

Verwaltungsmodernisierung hin zu mehr Effizienz und Bürgerorientierung

Ein moderner Staat braucht eine moderne, bürgernahe und digitale Verwaltung. Durch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ermöglichen wir bürokratische Entlastungen von Bürger*innen und Unternehmen, aber auch in den Ämtern und Behörden selbst. Wir wollen Mut machen zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur in Behörden und Verwaltung entwickeln. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass diese erhebliche Aufgabe im Rahmen von konstruktiver, kooperativer und lösungsorientierter Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen erfolgt. Besonders unter den Bundesländern muss auf Kooperation statt Alleingänge gesetzt werden.

Digitale Leistungen des Staates sollen für Bürger*innen und Unternehmen niedrigschwellig zur Verfügung gestellt und im Sinne einer nutzerorientierten Dienstleistung abgewickelt werden. Für uns GRÜNE geht es nicht nur um die digitale Bereitstellung der Formulare an die Bürger*innen. Wir wollen auch die **verwaltungswirtschaftlichen Arbeitsprozesse** durchdigitalisieren. Nur wenn Verwaltungsmitarbeiter*innen die übermittelten Formulare nicht mehr auf Papier weiterbearbeiten müssen, sondern alles – von der Formulareingabe bis zum Bescheidversand – digital abläuft, wird die Verwaltung deutlich nutzerfreundlicher und effizienter.

Die Kommunen stellen einen großen Teil der Verwaltungsleistungen bereit. Deswegen ist die Digitalisierung gerade für die kommunale Ebene eine große Aufgabe, für die sie mehr Unterstützung benötigt. Wir GRÜNE wollen Ansprechpartner*innen vor Ort und **Chefdigitallots*innen in jedem Landratsamt** einstellen. Damit kommt die Kommunalaufsicht des Freistaats ihrer Beratungsfunktion auch im Bereich der Digitalisierung besser nach. Zudem braucht es eine stärkere Sensibilisierung von Bürgermeister*innen und eine bessere Vernetzung der Kommunen untereinander. Bei der Finanzierung von Pilotprojekten muss auf die Nachnutzbarkeit geachtet werden – erfolgreiche Leuchtturmprojekte sollen nach Abschluss des Projekts nicht im Sand verlaufen, sondern breit in die Fläche ausgerollt werden. Das Rad soll nicht zirkular neu erfunden werden – bewährte Lösungen müssen koordiniert für alle Ämter, Städte und Kommunen nutzbar gemacht werden.

Die Digitalisierung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter*innen unterstützt, geschult und aktiv mitgenommen werden. Wenn keiner im Rathaus damit umgehen kann, nützt die beste technische Ausstattung nichts. Deshalb wollen wir existierende Förderprogramme wie z.B. den **Grundkurs Digitallotse** aufstocken und weiterentwickeln, damit mehr kommunale Verwaltungsmitarbeiter*innen von den Schulungsmöglichkeiten profitieren. Digitalkompetenz muss im Rahmen der Ausbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen verankert sein.

Um gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, machen wir GRÜNE digitale Informationen von öffentlichen Stellen barrierefrei zugänglich und lesbar – nicht nur für die Interaktion von Menschen mit Behinderungen oder älteren Bürger*innen mit der Verwaltung, sondern auch für diejenigen, die in der Verwaltung des Freistaats arbeiten bzw. arbeiten möchten. Dafür braucht es verbindlichere Regelungen: Wir Grüne möchten im **Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG)** eine verbindliche Übergangsfrist zur Umsetzung barrierefreier Informationstechnik in der bayerischen Verwaltung verankern und bei Neubeschaffung oder Überarbeitung der Informationstechnik Barrierefreiheit konsequent mitdenken. Dies ist in Bayern auch insofern dringend erforderlich, als dass der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter im Freistaat seit Jahren nur knapp über der gesetzlichen Quote von 5 % stagniert.

Mit offener Regierungsführung, offenen Daten und Open Source mehr Transparenz und Wohlstand schaffen

Um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken, möchten wir mehr Transparenz von Regierungsentscheidungen herstellen. Bisher ist Bayern eines der am wenigsten transparenten Bundesländer. Noch immer gibt es in Bayern keine Informationsfreiheit, also keinen voraussetzungslosen Anspruch auf Zugang zu Informationen gegenüber den Behörden des Freistaates – diesen Missstand wollen wir ändern.

Bayern braucht mehr Open Government, also die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit. Ein wichtiger Baustein davon, den wir GRÜNE schon lange fordern, ist ein **bayerisches Transparenzgesetz**.

Neben Transparenz gehört für uns GRÜNE auch die bessere Einbindung von Bürger*innen zu offener Regierungsführung dazu. Deswegen wollen wir **barrierefreie Beteiligungsplattformen** schaffen und mehr Partizipation und Inklusion schon bei der Ideenentwicklung ermöglichen, um den diversen und unterschiedlichen Meinungen und Lebensrealitäten in Bayern gerecht zu werden.

Mehr Transparenz wird außerdem durch die offene Bereitstellung **staatlicher und kommunaler Daten** geschaffen. Die Zivilgesellschaft kontrolliert staatliches Handeln besser, wenn die Bürger*innen die von der Verwaltung erhobenen Daten einsehen können. Insbesondere in den Kommunen liegen oft kaum genutzte Datenmengen – zum Beispiel Datensätze zur lokalen Mobilität, Infrastruktur oder Geoinformationen – auf deren Grundlage gemeinwohlfördernde Anwendungen entstehen könnten.

Deswegen möchten wir GRÜNE eine **Open-Data-Strategie** für Bayern aufsetzen. In dieser wird festgelegt, welche Daten von welchen Behörden bereitgestellt werden und welche Anreize für Unternehmen und Kommunen geschaffen werden, es der Staatsregierung gleichzutun.

Auch beim Einsatz von **automatisierten Entscheidungssystemen und datengestützten Algorithmen** durch staatliche Institutionen muss vollständige Transparenz und größtmögliche Nachvollziehbarkeit sichergestellt werden. Deshalb wollen wir den Einsatz entsprechender Algorithmen gesetzlich regeln und ein öffentlich zugängliches Register schaffen, worin die vom Staat eingesetzten Algorithmen und der damit verbundene Zweck einsehbar und nachvollziehbar sind. Zudem muss vor dem Einsatz neuartiger Technologien eine verpflichtende Folgenabschätzung durchgeführt und das Ergebnis veröffentlicht

werden. Nur durch maximale Transparenz sichern wir die Selbstbestimmung der Menschen und stärken damit die Akzeptanz und das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Wir wollen zudem die Entwicklung und Nutzung von **Open-Source-Anwendungen** in der staatlichen Verwaltung unterstützen und vorantreiben. Die verstärkte Nutzung von offener Software sorgt für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit, reduziert die Abhängigkeiten von proprietärer Software und stärkt somit die digitale Souveränität des Staates. Gemäß dem Grundsatz „Public Money, Public Code“ sollte von öffentlichem Geld finanzierte Software auch der Öffentlichkeit zur freien Verfügung bereitgestellt werden.

Digitalpolitische Entscheidungsstruktur des Staates

Ein souveräner digitaler Staat muss auch digitalpolitische Entscheidungen treffen können. Wir GRÜNE möchten die digitalpolitische Entscheidungsfähigkeit in Bayern stärken. Die Zuständigkeiten, die aktuell über verschiedenste Ressorts hinweg verteilt sind, sollen im Digitalministerium gebündelt werden. Das Digitalressort muss ein deutlich höheres Budget zugeteilt bekommen, denn ohne mutige Investitionen kommen wir im digitalen Wandel nicht voran – daran sollte es im wirtschaftsstarken Bayern nicht scheitern.

Für uns GRÜNE darf die **Stimme der digitalen Zivilgesellschaft** in gesellschaftspolitischen Debatten nicht fehlen. Zur Gestaltung einer gemeinwohlorientierten Digitalpolitik soll die Zivilgesellschaft aktiv in die Konzeptionierung und Erarbeitung von Gesetzesvorhaben und anderen staatlichen Vorhaben eingebunden werden.

Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter

Uns GRÜNEN ist bei der Gefahrenabwehr und der Sicherheit im digitalen Raum eine gute Ausstattung unserer Sicherheitskräfte wichtig. Eine rote Linie ziehen wir bei der Aushöhlung von unseren Bürgerrechten. **Somit setzen wir auf folgende Punkte:**

- **Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr durch eine starke und bürgernahe Polizei.**
- **Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der uns vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.**
- **Wir wollen Radikalisierungsdynamiken und -netzwerke im digitalen Raum entschlossen bekämpfen.**
- **Wir fördern Cybersicherheit in der Fläche und lancieren eine Sensibilisierungsoffensive.**
- **Wir stärken den Datenschutz mit Standards, Schulungsansätzen und einem unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz und Informationssicherheit.**

Polizei im digitalen Zeitalter

Der digitale Raum ist Betätigungsfeld für neue Formen von Kriminalität (Cybercrime): Hate Speech, Cybermobbing, illegaler Drogen-, Waffen- und Datenhandel im Darknet, Darstellung von Kindesmissbrauch, Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Behörden und Unternehmen oder auch Betrug im Internet nehmen dramatisch zu.

Die **Bekämpfung der Cyber-Kriminalität** verlangt von der Polizei einen Quantensprung in Sachen **Ausbildung, Personal und Ausrüstung**, der in Bayern noch nicht ansatzweise vollzogen ist. Wir GRÜNE wollen das ändern!

Die Verschärfungen der Sicherheitsgesetze in Bayern wurden in den vergangenen Jahren immer wieder von den Verfassungsgerichten ganz oder teilweise gekippt. Diese Ausdehnung der Befugnisse der

bayerischen Sicherheitsbehörden greift in die Grundrechte aller Bürger*innen ein. Wir Grüne wollen die Ermittlungsbehörden dahingehend stärken, dass sie Kriminalität effektiv bekämpfen und gleichzeitig Freiheitsrechte bewahren. Dazu werden wir die Ermittler*innen endlich mit modernen Geräten ausstatten und über die komplette Dauer ihrer beruflichen Laufbahn stets optimal fortbilden.

Wir Grüne stehen hier für eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**, die eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit findet. Die Verhältnismäßigkeit des Handelns der Sicherheitsbehörden, ein zentraler Pfeiler unseres Rechtsstaates, muss jederzeit gewahrt werden.

Radikalisierungsdynamiken und -Netzwerke

Bei allen Vorteilen der digitalen Kommunikation und Vernetzung zeichnen sich auch gefährliche Entwicklungen ab. Eine solche Herausforderung ist die zunehmende Radikalisierung im digitalen Raum. Radikale Ansichten können durch die Digitalisierung weltweit kommuniziert und in abgeschotteten und nicht zugänglichen Plattformen ausgetauscht werden. Nicht zuletzt wurde dies im Rahmen der Corona-Pandemie und der Entstehung der „Querdenker“-Szene aufgezeigt. Deren Vernetzung und Austausch in der digitalen Welt hat auch in der analogen Welt zu Gewalttaten geführt.

Die Verlagerung extremistischer Aktivitäten von öffentlich zugänglichen Plattformen hin zu teil-öffentlichen und bisweilen auch verschlüsselten Diensten darf nicht dazu führen, dass die Exekutive und die Justiz diese Strömungen aus den Augen verlieren. Der Staat muss informierte Entscheidungen zum Schutz seiner Bürger*innen und der demokratischen, freien und offenen Rechtsordnung treffen können. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Aufklärung dieser gesellschaftlich brisanten und komplizierten Thematiken, wie z.B. „Dark Social“ und verschiedene Internet-Subkulturen, sind hierfür unabdingbar. Wir GRÜNE wollen mit gezielter, **interdisziplinärer Forschungsförderung** extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet beleuchten. Zusätzlich wollen wir Beamt*innen dafür sensibilisieren und diese Themenkomplexe in deren Ausbildung integrieren sowie regelmäßige **Fort- und Weiterbildungen** schaffen.

IT-Sicherheit

Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind eine Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Nur nehmen Cyberattacken in Bayern zu, die Angriffsmethoden entwickeln sich schnell weiter und zielen auf unsere staatlichen Einrichtungen, kritische Infrastrukturen und Akteur*innen in der Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik stuft die Gefährdungslage im Cyberraum als angespannt bis kritisch ein. Neben enormen wirtschaftlichen Schäden, wie finanziellen Verlusten, gestohlenen Unternehmensgeheimnissen, verlorener Arbeitszeit bzw. -fähigkeit und Einbußen in der Wettbewerbsfähigkeit, treffen diese Angriffe die **digitale Souveränität** unseres Staates. Unsere bayerischen Forschungseinrichtungen, Bildungsstätten, Gesundheitsinfrastrukturen und Unternehmen müssen politisch unterstützt werden, **Datenschutz und IT-Sicherheit** stärker in ihre Arbeitsstrukturen zu integrieren. Dabei setzen wir auf **offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme** für Technologien wie KI und Blockchain und sichern somit unsere digitale Souveränität.

Wir GRÜNE möchten einen besseren und stärkeren Schulterschluss zwischen der öffentlichen und privaten Hand, um auf die Bedeutung von Cybersicherheit aufmerksam zu machen. Alle betroffenen Akteur*innen müssen in ihren internen Strukturen **Ansprechpersonen für Informationssicherheit** einstellen, **Notfallkonzepte und Backup-Strategien** entwickeln und auf Worst-Case-Szenarien vorbereitet sein. Wir wollen Anreize für hohe IT-Sicherheit setzen sowie **niedrigschwellige Meldewege** für illegale Aktivitäten und Online-Strafanzeigen ermöglichen.

Starker Datenschutz und Informationelle Selbstbestimmung

Für uns GRÜNE ist das Grundrecht auf Privatsphäre und Datenschutz weder Feind noch Bremser, sondern schützens- und verteidigungswert. Der Datenschutz ist ein **europäischer Wert und Standortvorteil**, der nicht ausgehöhlt werden darf.

Wir GRÜNE setzen deshalb auf **Standards, Zertifizierungen und flächendeckende Bildungs- und Schulungsansätze** für die Vermittlung von Datenschutzkompetenzen. Nur so lässt sich die EU-konforme Umsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften gewährleisten und die Rechtssicherheit für wirtschaftliche sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Rahmen der Nutzung von Daten sicherstellen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Datenschutzziele sowie Sicherheitsstandards bei der Entwicklung von Technologien von Anfang an beachtet werden und fest im Entwicklungsprozess verankert werden (**Privacy-by-Design und Security-by-Design**). Dazu müssen **Auditierungs-Systeme** gestärkt und die Einführung von **Gütesiegeln** geprüft werden. Um private digitale Kommunikation zu schützen, unterstützen wir ein Recht auf Verschlüsselung.

Mit der steigenden Verbreitung von digitalen Technologien in verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens wächst auch der Anspruch an die staatlichen Aufsichtsbehörden. Wir GRÜNE wollen die Aufsichtsbehörden reformieren. Dazu sollen die Kompetenzen und Zuständigkeiten des Landesamtes für Datenschutzaufsicht mit denen des Landesbeauftragten für den Datenschutz zusammengeführt und zu einem unabhängigen **Landeszentrum für Datenschutz und Informationssicherheit** weiterentwickelt werden. Die neu geschaffene Behörde statten wir mit den notwendigen finanziellen, technischen und personellen Mitteln aus, um das gewachsene Aufgabenprofil auch bewältigen zu können.

Digitales Zusammenleben: Eine selbstbestimmte und souveräne digitale Gesellschaft

Eine digitalisierte Welt eröffnet neue Wege der Kommunikation, Bildung, Informationsbeschaffung und des gesellschaftlichen Miteinanders. Wir GRÜNE wollen die Digitalisierung so gestalten, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft dadurch gestärkt wird und der Mensch durchgehend im Mittelpunkt steht. Das bedeutet für uns, dass alle Menschen in ihrer individuellen digitalen Souveränität gestärkt werden – dabei gilt eine selbstbestimmte Nutzung der digitalen Angebote als Voraussetzung, um an der digitalen Gesellschaft souverän teilhaben zu können. Wir erreichen dies durch eine flächendeckende und generationsübergreifende Vermittlung von **digitalen Kompetenzen**, ein **modernes Bildungswesen**, breitflächige **gesellschaftliche Teilhabe** im digitalen Raum. Gleichzeitig müssen die Gefahren, die sich durch die Verlagerung vieler Kommunikationswege und Freizeitaktivitäten in den digitalen Raum ergeben, klar und entschlossen bekämpft werden.

Digitaler Umbruch braucht starke Digitalkompetenz

Die Digitalisierung ist nicht nur rein technischer Natur, sondern umfasst auch einen kulturellen Wandel. Es ist wichtig, dass wir Bürger*innen in beiden Hinsichten mitnehmen. Wir GRÜNE wollen daher die Digitalkompetenz der Menschen in Bayern stärken und **setzen dafür an folgenden Punkten an:**

- **Wir stärken die Medien- und Digitalkompetenz, indem wir digitale Fähigkeiten zielgruppenübergreifend vermitteln und lebenslanges Lernen fördern.**
- **Wir digitalisieren das Bildungswesen und rüsten die Bildungseinrichtungen mit der notwendigen Technik aus.**
- **Wir betreiben eine Medienpolitik zur Bekämpfung von Desinformation und Fake News.**

Bildungsoffensive für Medien- und Digitalkompetenz

Das Fundament für ein freies und sicheres Leben in der digitalen Welt legen wir durch **Bildung und Weiterbildung**. Für uns ist die Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz eine wesentliche Aufgabe in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und der Erwachsenenbildung. Kinder und Jugendliche werden bislang nicht ausreichend auf die digitale Gesellschaft vorbereitet. Für uns GRÜNE muss die Digitalisierung selbst Thema im Unterricht werden: Medienkompetenz, sicherer Umgang mit Daten und digitale Selbstorganisation sind wichtige **Bildungsziele** für die **digitale Gesellschaft**. Für die Schüler*innen muss ein **Rahmenlehrplan Medienerziehung** verpflichtend eingeführt werden. Er bietet eine Orientierung für alle Schulen sowie deren individuelle Medienkonzepte und enthält den „**Medienführerschein Bayern**“. Zudem wollen wir das Fach „Informatik“ zu einem Fach „**Digitalkunde**“ weiterentwickeln. In diesem neuen Fach werden die Informatikinhalte um medienerzieherische Inhalte ergänzt. Medien- und Digitalkompetenz wird so zu einem fächerübergreifenden Bildungsziel.

Die Digitalisierung spornt an, lang überfällige Reformen im Bildungswesen in die Wege zu leiten. Wir GRÜNE wollen die Chance für gezielte **individuelle Bildung** nutzen. Durch ein individuelles Lernangebot können Kinder und Jugendliche in ihren persönlichen Stärken und Schwächen gefördert werden. Somit erreichen wir mehr **Chancengleichheit** und damit mehr **Bildungsgerechtigkeit**. Dafür müssen moderne Unterrichtsmethoden unter Einbeziehung der digitalen Möglichkeiten entwickelt und geschult werden wie z.B. Blended Learning oder Flipped Classroom.

Kinder und Jugendliche bewegen sich außerhalb der Schule auch in ihrer Freizeit ständig im digitalen Raum – sie sind damit auch Risiken wie Hass und Hetze im Netz, Radikalisierung oder Cybermobbing ausgesetzt. Unsere Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe müssen in der digitalen Medienlandschaft geschult und in der digitalen Medienkompetenz gestärkt werden. Nur so können sie diesen Herausforderungen gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen begegnen. Wir Grüne fordern, dass die Staatsregierung das **Institut für Jugendarbeit** in Gauting sowie den **Bayerischen Jugendring** mit der Entwicklung von entsprechenden Fortbildungsangeboten betraut.

Digitale Ausstattung für unser Bildungswesen

Damit unsere Schulen auch in Zukunft ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen können, ist eine gute **digitale Ausstattung** notwendig. Dafür müssen Schulen flächendeckend mit leistungsfähigen Internetanschlüssen und **W-LAN in allen Klassenzimmern** ausgestattet werden und jede Lehrkraft benötigt ihr eigenes Dienstgerät. Jede*r Schüler*in sollte Zugriff auf für den Unterricht notwendige Endgeräte haben. Durch den Einsatz von **IT-Systembetreuer*innen** an den Schulen, die sich um den Betrieb und die Wartung der Technik kümmern, werden Lehrkräfte entlastet und haben mehr Zeit für den Unterricht.

Damit Lehrkräfte bestmöglich mit den digitalen Werkzeugen umgehen und diese passend in ihren Unterricht integrieren können, muss ein stärkerer Fokus auf die digitale Ausbildung von Lehrkräften gelegt werden. **Medienpädagogik** soll deshalb verpflichtend in allen Lehramtsstudiengängen und im Referendariat eingeführt werden. Außerdem müssen Lehrkräfte die Möglichkeit und ggf. auch die Pflicht haben, sich im Bereich der Medienpädagogik hochwertig und sogleich niedrigschwellig fort- und weiterbilden zu können. So bleiben sie immer auf dem aktuellen Stand und können neue Ansätze erproben und Lehrkonzepte anpassen. Wir setzen uns deshalb für ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges **Weiterbildungsangebot** ein.

Lebenslanges Lernen

Die digitale Transformation der Gesellschaft hört nicht an der Türschwelle des Schulabschlusses auf! Deshalb setzen wir GRÜNE auf **lebenslanges Lernen** – das bedeutet für uns die Kompetenz, sich während der gesamten Lebensspanne neues Wissen und neue Fähigkeiten anzueignen. Gleiche digitale Bildungschancen für alle zu schaffen, ungeachtet der sozialen Herkunft, des finanziellen Hintergrunds

oder des Wohnorts, ist für uns der Schlüssel zum Erfolg. Auf den Grundlagen aus der schulischen Bildung kann in der Ausbildung und Weiterbildung aufgebaut werden, um die **Fachkräfte der Zukunft** zu sichern. Wir wollen die Weiterbildungsmöglichkeiten an Volkshochschulen für mehr Digitalkompetenz im Alltag und Arbeitsumfeld ausbauen. Wir unterstützen **medienpädagogische Angebote und die Förderung der Medienkompetenz für Menschen jeden Alters** – dafür sind gut ausgebildete Lehrkräfte und Erzieher*innen die Voraussetzung. Medienkompetenz muss zu einem elementaren Teil aller pädagogischen Ausbildungen werden.

Medienpolitik zur Bekämpfung von Desinformation und Fake News

Wir GRÜNE wollen eine digitalkompetente Gesellschaft, die Medienvielfalt schätzt, Quellen dezidiert einordnen kann, Informationen kritisch differenzieren kann und über eine hohe Urteilsfähigkeit bei digitaler Informationsbeschaffung und Recherchen verfügt. Doch Medien- und Digitalkompetenzen sind nur eine Seite der Medaille. Deutschland ist im internationalen Vergleich eine der häufigsten Zielscheiben für die Verbreitung von **Falschnachrichten und Desinformation** – die Auswirkungen belasten unseren **sozialen und demokratischen Zusammenhalt**. Ergebnisse des D21-Digital-Index 2021/2022 zeigen, dass sich nur 56 % der Deutschen zutrauen, Desinformation im Internet zu erkennen.

Neben einer stärkeren Regulierung von digitalen Plattformen auf europäischer und Bundesebene, können auf Landesebene die Landesmedienanstalten reine Online-Angebote von journalistischen Angeboten beaufsichtigen und bei Verstößen zur Einhaltung der **journalistischen Sorgfaltspflicht** ermahnen sowie bei wiederholten Verstößen Verfahren einleiten. Dazu muss die **Bayerische Landesanstalt für neue Medien** personell und fachlich ausreichend ausgestattet sein, um diesen Aufgaben auch gerecht werden zu können. Zusätzlich kann die Bayerische Landesregierung durch kluge **Förderung gemeinnütziger Medienorganisationen** wie Bürger*innenradios dafür sorgen, dass Bayern ein vielfältiger und qualitativ hochwertiger Medienstandort im digitalen Wandel bleibt. Eine Intensivierung der Förderung von plattformunabhängigen Angeboten von Qualitätsjournalismus kann einen Beitrag zur erfolgreichen Transformation zu einer digitalen und lokalen Medienlandschaft leisten – dabei muss natürlich die strikte Trennung zwischen Staat und Medien bei allen Maßnahmen erhalten werden.

Das gesellschaftliche Miteinander stärken – der Mensch im Mittelpunkt

Neben einer breitflächigen Bildungsoffensive stellen wir GRÜNE im digitalen Wandel den Menschen in den Mittelpunkt. Digitale Anwendungen sollen die **gesellschaftliche Teilhabe** fördern und sozialen Anschluss ermöglichen! Die Auswirkungen von zunehmender Digitalisierung auf unsere **psychische Gesundheit** müssen stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt und Aufklärung sowie Prävention geleistet werden. Digitale Tools sollen insbesondere dort Anwendungen finden, wo sie unser Leben verbessern und vereinfachen. Wir nehmen es nicht hin, wenn digitale Anwendungen zu einer Verrohung von Debatten oder des **zwischenmenschlichen Miteinanders** führen. **Dafür setzen wir an folgenden Punkten an:**

- **Wir schaffen eine gerechte digitale Gesellschaft und fördern zielgruppenspezifisch digitale Teilhabe für alle.**
- **Wir wollen auf die psychische Gesundheit mehr Acht geben und Cybermobbing sowie anderen Formen von digitaler Gewalt vehement entgegenreten.**
- **Wir setzen uns gegen Diskriminierung jeglicher Art ein. Wir wollen eine sichere, inklusive Debattenkultur im Netz und lassen keinen Platz für digitalen Hass, Hetze oder Ausgrenzung.**
- **Wir wollen die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen, indem wir geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt die Stirn bieten**

Digitale Teilhabe für digitalsoveräne Bürger*innen

Sowohl das öffentliche als auch das private Leben verlagert sich immer mehr ins Digitale. Für uns GRÜNE soll keiner dadurch den Anschluss verlieren. Ganz im Gegenteil: Jeder Mensch soll an der digitalen Gesellschaft teilhaben können, denn **digitale Teilhabe** ist eine Frage der **sozialen Gerechtigkeit**. Selbstbestimmte Teilhabe setzt aber auch informierte und digitalbefähigte Bürger*innen voraus. Studien zeigen, dass die Hälfte der Über-60-jährigen das Internet und Digitalangebote nicht nutzen. Diese Lücke klappt nicht nur zwischen Altersgruppen, sondern auch Einkommensgruppen, denn laut Studien ist auch die Hälfte der Geringverdiener digital abgehängt.

Um alle gesellschaftlichen Gruppen zu souveränen Digitalnutzer*innen zu machen, setzen wir auf **zielgruppenspezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote**, die auch persönlich oder telefonisch wahrgenommen werden können. Der Staat soll bei seiner eigenen Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und Informationsangeboten Impulse für digitale Teilhabe setzen und seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Psychische Gesundheit: Behandlungsmöglichkeiten und Prävention

Der Umgang mit Smartphones und sozialen Netzwerken wird immer mehr eine Selbstverständlichkeit. Neben den vielen Vorteilen resultieren daraus auch Herausforderungen für die **psychische Gesundheit**, und diese treffen alle Altersgruppen. So weisen Studien darauf hin, dass sich das Stresslevel erhöht, einfach aus schier unbegrenzter Möglichkeit an Informationen. Auch der digitale Wandel in der Arbeitswelt oder das **Nutz- und Suchtverhalten** digitaler Anwendungen können auf unsere Emotionalität negative Auswirkungen haben. Die Nutzung bestimmter sozialer Medien kann zu negativen Körperwahrnehmungen, Depressionen, Minderwertigkeitsgefühlen und Essstörungen führen. **Präventions- und gesundheitsfördernde Maßnahmen**, sei es im Unternehmen oder bereits in der Schule, müssen gestärkt werden. Für uns Grüne ist klar: Die Enttabuisierung und Entstigmatisierung Betroffener muss weiter vorangetrieben werden.

Das Phänomen **Cybermobbing** – Beleidigungen, Bedrohungen, Bloßstellungen oder Belästigungen mithilfe von Kommunikationsdiensten – stellt neue Herausforderungen an Eltern, Jugendliche und Kinder und Schulen, da es nicht nach der Schule endet, sondern im schlimmsten Falle Tag und Nacht durchgehend passieren kann. Das führt zu erheblichen Schäden und gesundheitlichen Nachteilen der Betroffenen. Hier muss die Politik ansetzen und Projekte flächendeckend fördern und ausbauen, die für **Sensibilisierung und Beratung** von allen Beteiligten sorgen – Eltern, Jugendlichen, Kindern, Lehrkräften und Jugendarbeiter*innen zugleich.

Kein Platz für Diskriminierung: keine Toleranz für digitale Gewalt und Hate Speech in Bayern!

Hass, Beleidigungen und Hetze im Netz, sogenannte **Hate Speech**, nehmen stetig zu. Das ist nicht nur ein virtuelles Problem, sondern vergiftet den Umgang der Menschen miteinander im analogen Alltag und kann im schlimmsten Falle in physischer Gewalt enden. Am häufigsten betroffen sind gesellschaftliche Minderheiten wie Menschen mit Migrationshintergrund, religiöse Gruppen, die LSBITQ*-Community und Frauen.

Wir Grüne werden das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung immer verteidigen. Wenn aber politische Debatten entgleisen und in Hass umschlagen, gerät unsere Demokratie in Gefahr. Radikalisierte Strömungen zielen mit gesonderten Algorithmen auf Politiker*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen und Influencer*innen und überfluten sie mit Hass. Im Ergebnis führt das dazu, dass sich Betroffene zunehmend aus dem öffentlichen, digitalen Raum zurückziehen. **Für Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und Frauenfeindlichkeit gibt es keine Toleranz!**

Wir wollen Waffengleichheit zwischen Betroffenen und Täter*innen schaffen: Eine strafbare Handlung

zu verfolgen, soll für Betroffene genauso leicht sein, wie es für die Täter*innen leicht ist, Hass und Hetze online zu verbreiten. Bayern gehört zu den Ländern, in dem nur sehr wenige Delikte per Online-Wache angezeigt werden können. Hate Speech zählt nicht dazu. Betroffene und Zeugen von Hate Speech müssen derzeit in Bayern stets persönlich auf die Polizeiwache gehen, um den Sachverhalt anzuzeigen. Diese Hemmschwelle ist insbesondere bei diesen Delikten mit Internetbezug problematisch und nicht zu rechtfertigen. Das muss sich ändern. Deshalb brauchen wir in Bayern eine polizeiliche **Online-Wache**. Was in der analogen Welt strafbar ist, muss auch in der digitalen Welt wirksam verfolgt werden. Um das Fachwissen zur Verfolgung von Hate Speech zu bündeln, wird eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hate Speech und digitale Gewalt** eingerichtet, bei der alle Anzeigen im Bereich Hass im Netz zentral zusammenlaufen, damit konzertierte Hassangriffe auch als solche erkannt werden.

Frauen und Mädchen sind zunehmend von vielfältigen Erscheinungsformen **geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt** betroffen. Sie erhalten unaufgefordert Fotos von Genitalien, ihre Handys werden gehackt oder mit Spyware infiltriert, intime und private Fotos werden ohne ihre Zustimmung veröffentlicht oder manipuliert und sie werden beleidigt oder bedroht. Fast jede junge Frau wurde bereits Opfer digitaler Gewalt. Wir GRÜNE wollen den digitalen Raum als sicheren Ort für alle garantieren und kämpfen entschlossen gegen digitale Gewalt. Um betroffene Frauen besser zu schützen, werden wir **Beratungs- und Gewaltschutzeinrichtungen** strukturell stärken und Fachpersonal auch mit Blick auf digitale Gewalt sensibilisieren und weiterbilden.

Der Digitale Wandel als sozial-ökologischer Transformationsprozess

Nicht nur der Digitale Wandel stößt in unserer Gesellschaft einen Transformationsprozess an. Neben der Digitalisierung haben wir noch einen zweiten großen Umbau vor uns: Wir müssen Klimaneutralität erreichen, um das Ausmaß der Klimakrise zu begrenzen. Wir GRÜNE denken diese zwei großen Transformationsprozesse zusammen und möchten **digitale Mittel als Nachhaltigkeitskatalysator** nutzen.

In einer Umbruchzeit gilt es auch, den bestehenden Wohlstand zu bewahren und die bayerischen Unternehmen bei der Umstellung auf neue Technologien, Geschäftsprozesse und Geschäftsmodelle zu unterstützen. Auch müssen wir GRÜNE sicherstellen, dass neue Akteure die neuen Möglichkeiten ergreifen und Innovationen auch in Zukunft in Bayern entstehen.

Gleichzeitig ermöglicht der mit dem Digitalen Wandel einhergehende Umbruch, die **Arbeitswelt sozialer zu gestalten**: Mobiles Arbeiten erlaubt mehr Freiheit und gefragte Digitalkompetenzen ermöglichen neue Karrierewege. Wir GRÜNE möchten die Rahmenbedingungen setzen, damit Beschäftigte einerseits diese Vorteile der Digitalisierung ergreifen können und andererseits nicht durch neue Beschäftigungsmodelle und Technologien an den Rand gedrängt werden.

Digitalisierung nachhaltig gestalten

Wir GRÜNE wollen die Digitalisierung nutzen, um unseren Ressourcen- und Energieverbrauch effizienter zu gestalten und Klimaneutralität zu erreichen. **Dazu setzen wir an folgenden Punkten an:**

- **Wir bremsen den stetig steigenden Rohstoff- und Energiehunger der Informationstechnologie durch Kreislaufwirtschaft, Transparenz und die Möglichkeiten der öffentlichen Beschaffung.**
- **Wir setzen digitale Technologien als Mittel für mehr Nachhaltigkeit ein, indem wir ein Ökosystem für nachhaltige Innovationen schaffen.**

Ressourcenverbrauch der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Branche in Bayern bremsen
Wir brauchen eine echte Kreislaufwirtschaft in Bayern, die mit klaren Zielen zur Reduktion des

Elektromülls und **Förderung der Langlebigkeit von digitalen Produkten** verbunden ist. Dazu wollen wir GRÜNE **niedrigschwelliges Recycling und Reparaturen von Elektrogeräten** ermöglichen, Vorgaben zu umweltbewusster Entsorgung von Elektroschrott entwickeln und effektive Recyclingkreisläufe für Rohstoffe sicherstellen. Wir wollen ein breites Netz an **Repair Cafés** in ganz Bayern aufbauen, damit alle Menschen einen einfachen Zugang zu Reparaturmöglichkeiten haben. Zudem müssen Verbraucher*innen besser informiert und aufgeklärt werden, um nachhaltige Entscheidungen treffen zu können, z.B. anhand von **Zertifizierungen** und entsprechenden **Öko-Labels**.

Für nachhaltige IT ist neben Hardware auch die Software ein entscheidender Faktor. Besonders bei der Entwicklung von **Künstliche-Intelligenz (KI)-Systemen und Blockchain-Technologie** müssen die ökologischen Aspekte von Anfang an beachtet werden. Wir möchten die Grundlagenforschung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich des energieeffizienten Programmieren fördern, sowie die **Entwicklung von offenen und energieeffizienten Soft- und Hardwaredesigns** vorantreiben.

Mit der öffentlichen Beschaffung hat die öffentliche Verwaltung ein weiteres Instrument, den Ressourcenverbrauch der IKT-Branche in Bayern zu senken. Deshalb möchten wir GRÜNE eine ambitionierte Landesstrategie „**GreenIT in der Bayerischen Staatsverwaltung**“ einführen, die klare Ziele und Maßnahmen auf allen Verwaltungsebenen definiert. Im Rahmen dieser Strategie muss unbedingt das Vergaberecht reformiert und um verbindliche ökologische Beschaffungskriterien ergänzt werden.

Digitale Technologien und Innovationen als Mittel für mehr Nachhaltigkeit

Wir GRÜNE wollen die Chancen der **Digitalisierung nutzen, um die ökologische Transformation voranzutreiben**: zur Unterstützung der Energiewende, beim ökologischen Umbau von Land- und Forstwirtschaft, für mehr Tier- und Umweltschutz, für eine nachhaltige Mobilität und bei der ökologischen Transformation von Industrie und Wirtschaft. Viele Pilotprojekte in ganz Bayern zeigen schon heute, wie Digitalisierung mehr Nachhaltigkeit in so unterschiedlichen Sektoren wie Mobilität und Landwirtschaft ermöglicht: Der On-Demand-Ridepooling-Service freYfahrt im Landkreis Freyung-Grafenau ist der bundesweit erste On-Demand-Ridepooling-Service im ländlichen Raum, der eine Genehmigung als Linienverkehr erhalten hat. Und die Hochschule Weihenstephan zeigt bereits in Modellprojekten, wie Dig Data Analysen und Schädlingsprognosen zu einer Halbierung der eingesetzten Pflanzenschutzmittel führen können.

Wir wollen die **ökologischen Potenziale digitaler Technologien** besser erforschen und **erfolgreiche Projekte in die Fläche** bringen, damit alle Städte und Regionen in Bayern davon profitieren können. Nachhaltige Innovationen dürfen nicht ewig in der Mottenkiste verstauben, sondern müssen den Weg in die breite Anwendung finden.

Die Grundlage für eine nachhaltige Digitalisierung wird in der **Forschung und Wissenschaft** geschaffen. Ökologische, soziale, wirtschaftliche und globale Auswirkungen von digitalen Technologien sowie der Digitalisierung als gesellschaftlichem Wandel, müssen im Rahmen von **interdisziplinären Projekten** untersucht und erforscht werden. Ein breiteres Verständnis komplexer Systeme und interdisziplinärer Zusammenhänge trägt dazu bei, die möglichen Auswirkungen von politischen Entscheidungen, technischen Innovationen und gesellschaftlichen Entwicklungen abzuschätzen. So lassen sich potenzielle **Rebound-Effekte** im Zuge der digitalen Transformation frühzeitig identifizieren und mögliche Lösungen finden.

Um digitale Technologien mit dem Klimaschutz in Einklang zu bringen, wollen wir GRÜNE gezielt **Innovationen fördern, die den Klimaschutz voranbringen**. Deshalb wollen wir insbesondere interdisziplinäre Forschungsprojekte ausbauen und so den Austausch zwischen Nachhaltigkeitsforschung, Sozialwissenschaft und Ingenieurswesen stärken. Um den Wissenstransfer zu unterstützen und neue

Technologien in der Praxis zu testen, wollen wir ein Öko-System für **nachhaltigkeitsorientierte Reallabore** schaffen.

Den Wohlstand unserer Wirtschaft sichern und Bayern als Innovationsstandort stärken

Wir GRÜNE wollen den Wohlstand unserer Wirtschaft in der Umbruchzeit des digitalen Wandels bewahren und gleichzeitig Bayern als Innovationsstandort langfristig sichern. **Dazu setzen wir an vier Punkten an:**

- **Wir unterstützen bayerische Unternehmen mit Knowhow und Förderprogrammen beim Digitalen Wandel.**
- **Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen mit intensivierter Datennutzung.**
- **Wir stärken unsere Forschungsinfrastruktur und fördern Wissenstransfer.**
- **Wir wollen Zukunftstechnologien unter Berücksichtigung europäischer Werte einsetzen.**
- **Wir weiten die Förderung von „Start-Ups“ aus.**

Bayerische Unternehmen mit Knowhow und Förderprogrammen beim Digitalen Wandel unterstützen
Mittelständische Unternehmen können das Potenzial der Digitalisierung oft nicht nutzen, da die vorhandenen Forschungsressourcen, technische Ausstattung und Digitalkompetenzen nicht ausreichen. Es fehlt an Erfahrung, wie beispielsweise Robotik zielführend in der eigenen Fertigungshalle eingesetzt werden oder eine gute Webseite oder ein Webshop neue Vertriebswege und Kundengruppen öffnen kann.

Um dem Mittelstand dabei zu helfen, die Möglichkeiten der Digitalisierung auszuschöpfen, wollen wir bestehende Förderprogramme wie den **Digitalbonus** reformieren und mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten. Außerdem fordern wir **Digitalberatung** und gesonderte **Fortbildungen** für den Einzelhandel, das Handwerk und den Mittelstand.

Um den lokalen Einzelhandel vor der Konkurrenz durch große Internetplattformen zu schützen, ist die kommunale Förderung von **offenen Online-Portalen** für den lokalen Einzelhandel sinnvoll. Diese **digitalen Marktplätze** müssen kostenfrei und ohne Provisionsabgaben sein. So unterstützen wir die regionale Vermarktung gezielt und den Einzelhandel dauerhaft. Entsprechend sollen auch kreis- bzw. stadtweite Zusammenschlüsse von Einzelhändler*innen für gebündelte, regionale Bringdienste initiiert und unterstützt werden, um kleine und mittelständische Unternehmen bei diesen logistischen Herausforderungen zu entlasten, Kosten zu teilen und einzelne Auslieferungsfahrten zu vermeiden.

Mit intensivierter Datennutzung die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen stärken
Daten sind die Grundlage für die Optimierung von Geschäftsprozessen und der Erschaffung neuer Geschäftsmodelle. Deswegen ist es ein Wettbewerbsnachteil, auf Datennutzung zu verzichten. Die große Mehrheit bayerischer Unternehmen sammelt bereits Daten, meist werden diese aber nur für einfache Analysen verwendet.

Wir GRÜNE möchten im Rahmen einer Offensive die **Datenkompetenz** von Beschäftigten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch konkrete **Beratungsangebote zu Datenmanagement und Qualitätssicherung** schaffen und ausbauen.

Zudem müssen bundesweit einheitliche Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sichergestellt und rechtliche Graubereiche aufgelöst werden. Um die **datenschutzkonforme Datennutzung** zu fördern, müssen klare Standards gesetzt und praktische Unterstützung bei der rechtssicheren Anonymisierung und Pseudonymisierung personenbezogener Daten geleistet werden.

Damit Unternehmen niedrigschwellig und selbstbestimmt Daten mit anderen Marktteilnehmenden teilen können, wollen wir GRÜNE **dezentrale Datenpools** schaffen, die unabhängig verwaltet und klar geregelt werden. So ermöglichen wir das gemeinsame Datennutzen, ohne sensible Daten dabei zu gefährden, und schaffen einen neuen Datenzugang, der besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen sonst verwehrt wäre.

Herstellerspezifische, nicht-öffentliche „Datensilos“ (abgekapselte Datenbestände) aufzubrechen, kann eine Grundlage für wirtschaftliche Innovationen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sein. Es braucht neue Ansätze, um die **kooperative Nutzung nicht-personenbezogener Daten** zu ermöglichen. Hierfür möchten wir GRÜNE **Experimentierräume schaffen**, in denen Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam neue Konzepte ausprobieren können.

Die öffentliche Hand trägt eine große Verantwortung bei der Umsetzung von Datenzugangs-, Intermediär- oder Treuhandmodellen und kann innovative Kooperationen zwischen Akteur*innen aus der Wirtschaft, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen anstoßen.

Für mehr digitale Innovation unsere Forschungsinfrastruktur stärken und Wissenstransfer fördern
Damit der Standort Bayern für die Zukunft weiterhin attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt, müssen wir nicht nur in der Grundlagenforschung exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch in neue Geschäftsmodelle und Produkte umwandeln können.

Um die **Anwendungsforschung digitaler Technologien** in den Fokus zu rücken, muss die Kooperation und Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gefördert und bestehende Strukturen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgebaut werden. Damit wollen wir keine unternehmerische Hochschule fördern, aber unternehmerische Ideen, die aus Hochschulen heraus entstehen, unterstützen. Zudem müssen mehr Mittel für den **wissenschaftlichen Mittelbau** bereitgestellt und die **bestehenden Technologietransferzentren** evaluiert werden.

Außerdem fordern wir, den **Wissenstransfer** durch passende Rahmenbedingungen für Ausgründungen und attraktive Beschäftigungsangebote für gut ausgebildete Fachkräfte zu fördern. Hochschulen brauchen klare Leitlinien, um zu wissen, was an Ausgründungen möglich ist und was nicht.

Die **europäische Zusammenarbeit** und das Nutzen der zahlreichen Fördertöpfe auf EU-Ebene sind aktiv zu unterstützen. Antragsverfahren müssen vereinheitlicht und in einem One-Stop-Shop-Verfahren vereinfacht werden.

Der Europäische Weg für Zukunftstechnologien

Mit dem digitalen Wandel entstehen neue Technologien, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. **Künstliche Intelligenz (KI)** ist als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts ein gutes Beispiel. Als wegweisende Technologie mit einem signifikanten Wirtschaftsfaktor ist es Aufgabe der Politik, die Nutzung und Anwendung von KI in die Fläche zu bringen und gleichzeitig **Gemeinwohlorientierung, ökologische Standards und ethische Leitplanken** zu beachten. Dies ist insbesondere beim Einsatz neuer Technologie durch den Staat und staatliche Behörden wichtig.

Wir GRÜNE setzen auf einen **europäischen Weg der KI** mit klaren ethischen und rechtlichen Grenzen. Der Einsatz von KI soll für **ökologische Fortschritte** genutzt werden, beispielsweise mit Blick auf Ressourcenverbrauch und CO₂- sowie Treibhausgasemissionen. Daneben gehört für uns GRÜNE **„Ethics by Design“** als Mindeststandard bei der Entwicklung von KI und anderen Zukunftstechnologien. Zur Bewertung von KI-Anwendungen und deren Einsatz, beispielsweise im Rahmen von Technikfolgenabschätzungen, sind kontextrelevante Werte unbedingt zu beachten. Denn Künstliche

Intelligenz und andere disruptive technologische Entwicklungen haben deutliche Auswirkungen auf unser Leben und unsere Gesellschaft.

Förderung für vielfältigere, nachhaltigere und noch mehr „Start-Ups“ ausweiten

Die „Start-Ups“ von heute prägen als etablierte Unternehmen die Wirtschaft von morgen. Deswegen möchten wir noch mehr und noch schneller in „**Start-Ups**“ investieren, die im Bereich **High-Tech und Digitalwirtschaft** tätig sind. Staatliche **Wagniskapitalfonds** können unseren Gründer*innen Zugang zum notwendigen Kapital gewährleisten und dauerhaft eine Heimat geben. Zusätzlich schaffen wir ein **innovationsfreundliches Gründerklima** und bayernweite Vernetzungsmöglichkeiten. Dafür sollte der Aufbau von **Inkubatoren** in ganz Bayern gefördert werden.

Zudem wollen wir GRÜNE Förderungen von Start-Ups nicht nur an eine Wirtschaftlichkeitsprüfung knüpfen, sondern auch an die **Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen** koppeln. Der Staat muss die langfristige Zielsetzung und Rahmenbedingungen mit entsprechenden Vorgaben und Anreizen vorgeben, wenn wir die Einhaltung dieser Ziele wirklich ernst nehmen.

Außerdem muss der Zugang für **Gründerinnen** zu Finanzierungsmöglichkeiten verbessert werden. Nur 10% der 100 Top „Start-Ups“ 2021 wurden von Frauen gegründet. Deshalb möchten wir GRÜNE Finanzierungsmöglichkeiten explizit auf Gründerinnen zuschneiden und einen kollaborativen Austausch zwischen Politik und der „Start-Up“-Szene ermöglichen, um Themen wie Diversität seitens der Gründungsteams sowie der Investor*innen gemeinsam voranzubringen.

Im Wandel der Arbeitswelt für Gerechtigkeit sorgen

Wir GRÜNE wollen in einer sich dynamisch wandelnden und technologisch beschleunigten Arbeitswelt für Gerechtigkeit sorgen. **Dafür setzen wir bei den folgenden drei Punkten an:**

- **Karrierewege durch die breite Entwicklung von gefragten Digitalkompetenzen ermöglichen.**
- **Wir setzen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer*innen.**
- **Wir stärken die Beteiligung von Frauen in der Digitalwirtschaft.**

Karrierewege durch die breite Entwicklung von gefragten Digitalkompetenzen ermöglichen

In Bayern stehen wir mit der Erstausbildung noch recht gut da. Der Verbesserungsbedarf liegt in der **Weiterbildung**. Wir GRÜNE möchten Fortbildungsangebote schaffen, Quereinsteiger ansprechen, flexible Ausbildungswege ermöglichen und interdisziplinäre Teams wertschätzen.

Dafür braucht es eine Weiterbildungs- und Umschulungsoffensive für unsere Fachkräfte. Wir GRÜNE fordern dahingehend ein **gesetzlich verankertes Recht auf Weiterbildung** und die Einführung eines **Weiterbildungs-BAföGs**. Wir wollen mit gezielten Konzepten und Kampagnen diese Menschen ansprechen und einen niedrigschwelligen Zugang zu den Weiterbildungsangeboten gewährleisten, indem flächendeckend regionale Bildungsagenturen eingerichtet werden.

Faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer*innen setzen

Die Digitalisierung ermöglicht mobiles Arbeiten und flexibilisiert die Arbeitswelt. Das kann Freiräume schaffen, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen, denn die Digitalisierung der Arbeitswelt kann dauernde Verfügbarkeit und Mehrarbeit erzeugen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbständiger Tätigkeit, sowie zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung verschwimmen.

Wir GRÜNE möchten klare Regelungen für das **digitale Arbeiten** setzen, um die **Rechte der Beschäftigten** auch in Zukunft zu schützen. Damit alle Arbeitnehmer*innen die Vorteile von Home-Office und flexibler

Arbeit nutzen können, fordern wir ein **Recht auf Home-Office**. Somit erleichtern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und reduzieren Fahrtstrecken und Pendelzeiten.

Gerade über Plattformen vermittelte Auftragsnehmer*innen (sogenannte **Gig Worker**) arbeiten häufig prekär und sind scheinselbstständig beschäftigt. Wir brauchen **soziale Leitplanken**, und zwar nicht primär für IT-Spezialist*innen, sondern vor allem für all jene, die prekär arbeiten. Dafür müssen wir verhindern, dass Werk- und Dienstverträge für Lohndumping missbraucht werden. Wir wollen **Scheinselbstständigkeit effektiv bekämpfen** und **sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse** für abhängig Beschäftigte sicherstellen. Dafür muss die Statusfeststellung vereinfacht und um klare Kriterien für Gig Working erweitert werden.

Die Beteiligung von Frauen in der Digitalen Wirtschaft stärken

Frauen sind in der deutschen IT-Branche unterrepräsentiert. **Diverse und repräsentative Entwicklerteams** sind wichtig, um zu verhindern, dass bestehende **Geschlechterstereotype** und andere Vorurteile bei der Programmierung von Algorithmen oder beim Trainieren lernender Systeme reproduziert und vervielfältigt werden.

Obwohl junge Mädchen ein hohes Interesse an Technik zeigen, schwindet dieses Interesse bis zur Berufswahl deutlich. Daher brauchen wir mehr **weibliche Vorbilder und Mentoring-Programme** für Schülerinnen und Studentinnen. An den Hochschulen müssen **Vernetzungsmöglichkeiten** explizit für MINT-Studentinnen geschaffen werden und der Anteil an Frauen unter den Professor*innen und in den Hochschulgremien erhöht werden.

Fazit

Die dargestellten Herausforderungen und Maßnahmen zeigen: **die Digitalisierung braucht politische Leitplanken, um sich nachhaltig, sozial und gerecht zu entwickeln**. Digitalisierung muss und kann von der Politik gestaltet werden, damit der digitale Wandel konkreten Nutzen für die Menschen in Bayern bringt. In dynamischen Umbruchsituationen muss auch die Politik agiler werden und entschlossen auf neue Entwicklungen reagieren.

Wir GRÜNE sind überzeugt, dass mit diesen Maßnahmen ein Anfang gemacht wird und **Bayern die Chancen der Digitalisierung ergreifen kann**. Bayern wird so nicht nur zu einem digitalen und moderneren Land, sondern auch zu einem Land, das mehr gesellschaftliche Teilhabe und Gerechtigkeit erlebt. Unsere Wirtschaft in Bayern wird nicht nur den Wohlstand und die Innovationskraft erhalten, sondern auch die planetaren Grenzen achten.

Benjamin Adjei, MdL | Sprecher für Digitalisierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, 5.4.2022

Maximilianeum

81627 München

KONTAKT

Stand: 5.4.2022



Benjamin Adjei, MdB

Sprecher für Digitalisierung

Tel. 089 4126-2635

benjamin.adjei@gruene-fraktion-bayern.de

